

Editorial

Die Liberalisierung und Privatisierung bisher mehrheitlich öffentlich erbrachter Dienstleistungen der Grundversorgung greift tief in die Grundlagen der Gesellschaft ein. Mit dem Ausbau der allgemeinen Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Verkehrs- und Postdiensten, Bildungs- und Gesundheitsdiensten sowie sozialer Absicherung in den europäischen kapitalistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts wurde der Zugang zu diesen Gütern zu sozialen Rechten der Bürgerinnen und Bürger. Die gegenwärtige Ausweitung der Marktsteuerung und der Gewinnorientierung auf diese Felder gesellschaftlicher Arbeit lässt zum einen zahlungskräftige Nachfrage gänzlich an die Stelle staatsbürgerlicher Ansprüche treten. Zum anderen werden demokratische Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung der Grundversorgung und damit wichtiger Determinanten gesellschaftlicher Integration, die bei der staatlichen oder kommunalen Organisation von Dienstleistungen im Prinzip immer gegeben sind, zugunsten der Wahlmöglichkeiten der KonsumentInnen und der Ausweitung von Anlagemöglichkeiten privaten Kapitals auf neue Branchen aufgegeben.

In der Europäischen Union läuft gegenwärtig mit der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ein gigantisches Experiment des gesellschaftlichen Umbaus mit ungewissem Ausgang. Die Auswirkungen werden von der europäischen Politik nur sehr begrenzt einer begleitenden Evaluierung unterworfen. Es ist daher hoch an der Zeit, dass die Sozialwissenschaften sich in Erfüllung ihrer Aufgabe der gesellschaftlichen Selbstreflexion verstärkt diesem Gebiet widmen. Dies bezieht sich auf Fragen von Sicherheit, Gleichheit und gesellschaftlicher Integration ebenso wie auf die Möglichkeiten der Artikulation und Durchsetzung von Interessen. Weiterhin gilt es zu analysieren, wie sich die Liberalisierung und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen in wichtigen Branchen und damit auf die Entwicklung der Erwerbsarbeitsgesellschaft insgesamt auswirken.

Mit diesen Fragen ist der Inhalt dieses Hefts umrissen. Der erste Beitrag von Antonino Palumbo beschreibt die sozialen und politischen Reformen, die in Großbritannien von den Konservativen unter Thatcher und Major und danach von New Labour unter Blair durchgeführt wurden. Damit werden Entwicklungen in einem Land beschrieben, das in Europa lange Zeit den Weg der Liberalisierung und Privatisierung am radikalsten gegangen ist. Der Autor vertritt die

These, dass es das Hauptziel der genannten Regierungen war bzw. ist, Kultur und Gesellschaft des Landes „unternehmerisch“ zu machen und so für die Herausforderungen des Weltmarktes zu wappnen. Er zeigt auf, dass entgegen vorherrschender Rhetorik weder Thatcher die Rolle des Staates eingeschränkt, noch Blair der Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungen entgegen gewirkt hat.

Der Beitrag von Roland Atzmüller und Christoph Hermann behandelt die Folgen der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen für Arbeit und Beschäftigung. Die Autoren analysieren die Veränderungen der Erwerbsarbeit in den öffentlichen Dienstleistungen vor dem Hintergrund des Übergangs zu einem postfordistischen Arbeitsregime im Neoliberalismus, das sich durch marktzentrierte Steuerungsformen und flexible und unsichere Beschäftigung auszeichnet. Die empirischen Befunde einer Untersuchung über Österreich, Deutschland, Großbritannien und Schweden zeigen massive Wirkungen der Liberalisierung und Privatisierung auf Beschäftigungsniveau und Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Dienstleistungen.

Die Diskussion über die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in diesem Heft wird ergänzt durch einen empirischen Beitrag von Peter Schimany über die Haltung der österreichischen Bevölkerung zur Pensionspolitik. Anhand von Ergebnissen des „Population Policy Acceptance Survey“ werden Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates, zur zukünftigen Ausgestaltung des Pensionssystems, zum Übergang in den Ruhestand und zum Pensionsantrittsalter dargestellt. Die Befunde zeigen unter anderem eine ungebrochene Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates.

Die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zeigen Folgewirkungen auf das Geschlechterverhältnis – sowohl durch Veränderungen in den Zugangsmöglichkeiten zu Diensten als auch wegen der Umbrüche in den Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst. Trotz unserer Bemühungen ist es nicht gelungen, diesen wichtigen Aspekt in diesem Heft abzudecken. Die Lücke soll aber durch einen Beitrag in einem der nächsten offenen Hefte geschlossen werden.

Jörg Flecker